

3 Banken-Generali Investment-Gesellschaft m.b.H.

Besteuerungsgrundlagen gem. § 5 Abs. 1 Nr. 1 bzw 2 InvStG

Fondsname: 3 Banken Inflationsschutzfonds (T)
 ISIN: AT0000A015A0
 Zeitraum: 1.5.2015 bis 30.4.2016
 Ausschüttung: 1.7.2016

(alle Angaben je 1 Anteil)

	Privat- anleger	betrieblicher Anleger (EStG)	betrieblicher Anleger (KStG)
	EUR	EUR	EUR
§ 5 Abs. 1 Nr. InvStG			
1 a) Betrag der Ausschüttung	1) 0,0108	0,0108	0,0108
Betrag der Barausschüttung	0,0100	0,0100	0,0100
davon nicht steuerbar je Anteil:			
1 a) aa) in der Ausschüttung enthaltene ausschüttungsgleiche Erträge der Vorjahre	0,0000	0,0000	0,0000
1 a) bb) in der Ausschüttung enthaltene Substanzbeträge	0,0000	0,0000	0,0000
1 b) Betrag der ausgeschütteten Erträge	2) 0,0108	0,0108	0,0108
2) Betrag der ausschüttungsgleichen Erträge	2) 0,1423	0,1423	0,1423
1 c) In den ausgeschütteten/ausschüttungsgleichen Erträgen enthaltene:			
aa) Erträge iSd § 2 Abs. 2 S. 1 InvStG iVm § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG iVm § 8b Abs. 1 KStG	-	0,0000	0,0000
bb) Veräußerungsgewinne iSd § 2 Abs. 2 S. 2 InvStG iVm § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG	-	0,0000	0,0000
cc) Erträge iSd § 2 Abs. 2a InvStG (Zinsschranke)	-	0,1491	0,1491
dd) steuerfreie Veräußerungsgewinne iSd § 2 Abs. 3 Nr. 1 S. 1 in der am 31.12.2008 anzuwendenden Fassung	0,0000	-	-
ee) Erträge iSd § 2 Abs. 3 Nr. 1 S. 2 InvStG in der am 31.12.2008 anzuwendenden Fassung, soweit die Erträge nicht Kapitalerträge iSd § 20 EStG sind	0,0000	-	-
ff) steuerfreie Veräußerungsgewinne iSd § 2 Abs. 3 InvStG in der ab 1.1.2009 anzuwendenden Fassung	0,0000	-	-
gg) Einkünfte iSd § 4 Abs. 1 InvStG, die aufgrund von DBA steuerfrei sind	0,0000	0,0000	0,0000

hh)	in 1 c) gg) enthaltene Einkünfte, die nicht dem Progressionsvorbehalt unterliegen	0,0000	-	0,0000
ii)	Einkünfte iSd § 4 Abs. 2 InvStG, für die kein Abzug nach Abs. 4 vorgenommen wurde	0,0282	0,0282	0,0282
jj)	in 1 c) ii) enthaltene Einkünfte, auf die § 2 Abs. 2 InvStG iVm § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG iVm § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	-	0,0000	0,0000
kk)	in 1 c) ii) enthaltene Einkünfte iSd § 4 Abs. 2 InvStG, die nach einem DBA zur Anrechnung einer als gezahlt geltenden Steuer auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer berechtigen	0,0000	0,0000	0,0000
ll)	in 1 c) kk) enthaltene Einkünfte, auf die § 2 Abs. 2 InvStG iVm § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG iVm § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	-	0,0000	0,0000
1 d)	den zur Anrechnung von Kapitalertragsteuer berechtigenden Teil der Ausschüttung			
aa)	iSd § 7 Abs. 1 und 2,	0,1531	0,1531	0,1531
bb)	iSd § 7 Abs. 3,	0,0000	0,0000	0,0000
cc)	iSd § 7 Abs. 1 S. 4, soweit in 1 d) aa) enthalten,	0,0000	0,0000	0,0000
1 f)	den Betrag der ausländischen Steuer, der auf die in den ausgeschütteten/ausschüttungsgleichen Erträgen enthaltenen Einkünfte iSd § 4 Abs. 2 InvStG entfällt und			
aa)	der nach § 4 Abs. 2 und 3 InvStG iVm § 32d Abs. 5 oder § 34c Abs. 1 EStG oder einem DBA anrechenbar ist, wenn kein Abzug nach § 4 Abs. 4 InvStG vorgenommen wurde	0,0034	0,0034	0,0034
bb)	in 1 f) aa) enthalten ist und auf Einkünfte entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG iVm § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG iVm § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	-	0,0034	0,0000
cc)	der nach § 4 Abs. 2 InvStG iVm § 34c Abs. 3 EStG abziehbar ist, wenn kein Abzug nach § 4 Abs. 4 InvStG vorgenommen wurde	0,0000	0,0000	0,0000
dd)	in 1 f) cc) enthalten ist und auf Einkünfte entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG iVm § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG iVm § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	-	0,0000	0,0000
ee)	der nach einem DBA als gezahlt gilt und nach § 4 Abs. 2 InvStG iVm diesem DBA anrechenbar ist	0,0000	0,0000	0,0000
ff)	in 1 f) ee) enthalten ist und auf Einkünfte entfällt, auf die § 2 Abs. 2 InvStG iVm § 8b Abs. 2 KStG oder § 3 Nr. 40 EStG oder im Fall des § 16 InvStG iVm § 8b Abs. 1 KStG anzuwenden ist	-	0,0000	0,0000
1 g)	den Betrag der Absetzung für Abnutzung oder Substanzverringerung	0,0000	0,0000	0,0000
1 h)	die im Geschäftsjahr gezahlte Quellensteuer, vermindert um die erstattete Quellensteuer des Geschäftsjahres oder früherer Geschäftsjahre	0,0109	0,0109	0,0109

1) Die um Steuerabzugsbeträge bereinigte Barausschüttung beträgt EUR 0,0100 und gilt gemäß § 2 Abs. 1 S. 4 InvStG mit Ablauf des Geschäftsjahres als zugeflossen und unterliegt nicht der Kapitalertragsteuer.

2) Die ausschüttungsgleichen Erträge sowie die ausgeschütteten Erträge der Ausschüttung gelten mit Ablauf des Geschäftsjahres als zugeflossen.

Datum Ausschüttungsbeschluss: 28.06.2016

Nachrichtlich (Angaben bezogen auf Privatanleger):

Dem Steuerabzug unterliegende akkumulierte ausschüttungsgleiche Erträge erhöhen sich zum 1.5.2016 um EUR 0,1531 auf EUR 2,3191 je Anteil.

Der Rechenschaftsbericht sowie die jeweils aktuelle Fassung des Prospektes und der Wesentlichen Anlegerinformationen - Kundeninformationsdokument (KID) sind am Sitz der Gesellschaft, der 3 Banken-Generali Investment-Gesellschaft m.b.H., Untere Donaulände 28, A-4020 Linz, der jeweiligen Depotbank, der Oberbank AG, Niederlassung Deutschland, Oskar-von-Miller-Ring 38, D-80333 München (mit Ausnahme des 3 Banken Sachwerte-Fonds), sowie im Internet unter www.3bg.at erhältlich und stehen den Interessenten kostenlos zur Verfügung.

3 Banken-Generali Investment-Gesellschaft m.b.H.

Bescheinigung über die Angaben nach § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 InvStG für die im Folgenden angeführten Investmentfonds:

- 3 Banken Inflationsschutzfonds (T) (AT0000A015A0)¹
- EMCORE Convertibles Europe (T) (AT0000A09H70)²
- 3 Banken Unternehmensanleihen-Fonds (A) (AT0000A0A036)¹
- 3 Banken Unternehmensanleihen-Fonds (T) (AT0000A0A044)¹
- 3 Banken Unternehmensanleihen-Fonds IT (T) (AT0000A115K7)¹
 - 3 Banken Emerging-Mix (T) (AT0000818489)¹
 - 3 Banken Sachwerte-Fonds (T) (AT0000A0ENV1)¹
 - 3 Banken Renten-Dachfonds (A) (AT0000637863)²
 - 3 Banken Renten-Dachfonds (T) (AT0000744594)²

**für das Fondsgeschäftsjahr von
1.5.2015
bis
30.4.2016**

Depotbank ist die

1) Oberbank AG, Untere Donaulände 28, A-4020 Linz

2) BKS Bank AG, St. Veiter Ring 43, A-9020 Klagenfurt

An die 3 Banken-Generali Investment-Gesellschaft m.b.H. (in der Folge kurz: die Gesellschaft):

Die Gesellschaft hat mich beauftragt, auf der Grundlage der von einem Abschlussprüfer geprüften Buchführung/Aufzeichnungen und des geprüften Jahresberichtes für die angeführten Investmentfonds für den genannten Zeitraum die steuerlichen Angaben nach § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 2 Investmentsteuergesetz (InvStG) zu ermitteln und gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 InvStG eine Bescheinigung darüber abzugeben, ob die steuerlichen Angaben mit den Regeln des deutschen Steuerrechts übereinstimmen.

Meine Aufgabe ist es, ausgehend von der Buchführung/den Aufzeichnungen und den sonstigen Unterlagen der Gesellschaft für die oben genannten Investmentfonds die Angaben nach § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 2 InvStG nach den Regeln des deutschen Steuerrechts zu ermitteln. Dabei wurde auch festgestellt, dass eine Ertragsausgleichsberechnung durchgeführt wurde. Die Verantwortung für die Buchführung als Grundlage für die Ermittlung der steuerlichen Angaben nach § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 2 InvStG in Verbindung mit den Vorschriften des deutschen Steuerrechts liegt bei den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Eine Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit dieser Unterlagen und der Angaben des Unternehmens war nicht Gegenstand meines Auftrags.

Im Rahmen der Überleitungsrechnung werden die Erträge und die Aufwendungen sowie deren Zuordnung als Werbungskosten steuerlich qualifiziert. Eine Qualifizierung wird auch hinsichtlich der Kapitalanlagen vorgenommen. Soweit die Gesellschaft Mittel in Anteile an Zielfonds investiert hat, beschränkt sich meine Tätigkeit ausschließlich auf die korrekte Übernahme der für diese Zielfonds zur Verfügung gestellten steuerlichen Angaben nach Maßgabe vorliegender Bescheinigungen nach § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 InvStG. Die entsprechenden steuerlichen Angaben wurden von mir nicht geprüft.

Die Bescheinigung hat zudem eine Aussage darüber zu enthalten, ob sich Anhaltspunkte für einen Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts nach § 42 AO ergeben, die sich auf die Besteuerungsgrundlagen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG oder auf die Aktiengewinne nach § 5 Abs. 2 Satz 1 InvStG auswirken können, die für den Zeitraum veröffentlicht wurden, auf den sich die Angaben nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG beziehen. Diesbezüglich wurden nur Vorgänge des laufenden Jahres in die Beurteilung einbezogen. Besondere Ermittlungen im Hinblick auf Anhaltspunkte für einen Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten, die sich auf die Besteuerungsgrundlagen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG auswirken können, sind nach § 5 Abs. 1a Satz 3 InvStG nicht vorzunehmen.

Meine Tätigkeit umfasst die Auslegung der anzuwendenden Steuergesetze auch in Fällen, in denen die jeweiligen Steuergesetze mehrere Auslegungsmöglichkeiten zulassen; die Entscheidung hierüber obliegt den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft. Ich habe mich bei der Erstellung davon überzeugt, dass die jeweils getroffene Entscheidung in vertretbarer Weise auf Gesetzesbegründungen, Rechtsprechung, einschlägige Fachliteratur und veröffentlichte Auffassungen der Finanzverwaltung gestützt wurde. Ich weise darauf hin, dass eine künftige Rechtsentwicklung und insbesondere Rechtsprechung eine andere Beurteilung der gewählten Auslegung notwendig machen kann.

Auf dieser Grundlage bescheinige ich der Gesellschaft nach § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 InvStG, dass die Angaben nach § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 und 2 InvStG nach den Regeln des deutschen Steuerrechts ermittelt wurden. In die Ermittlung der steuerlichen Angaben sind auch Werte aus einem Ertragsausgleich eingegangen. Bei der Ausstellung der Bescheinigung haben sich keine Anhaltspunkte für einen Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten des Rechts nach § 42 AO ergeben, die sich auf die Besteuerungsgrundlagen nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 InvStG oder auf die Aktiengewinne nach § 5 Abs. 2 Satz 1 InvStG auswirken können, die für den Zeitraum veröffentlicht wurden, auf den sich die Angaben nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 beziehen. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich aus Sicht der Finanzverwaltung Anhaltspunkte für einen Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten ergeben.

Linz an der Donau, den 28.7.2016

A. Univ.-Prof. Dr. Gernot Aigner, StB